

Berliner Stimme



ZEITUNG DER BERLINER SOZIALDEMOKRATIE



Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey und Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel bei der Unterzeichnung des Wohnungsbündnisses Berlin

WOHNEN MIT LEBENSQUALITÄT



Liebe Leserinnen und Leser!

Mit unserem Wahlprogramm haben wir Ihnen das Versprechen gegeben, uns in den kommenden Jahren für ein qualitatives Wohnumfeld in unserem Bezirk einzusetzen. Ob in der Platte oder im Einfamilienhaus: Sie sollen sich in einer barrierearmen und umweltfreundlichen Umgebung wohlfühlen, in der sich eine solide Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Spielplätze, Soziales usw.) vor der Haustür befindet und Sie einen schnellen Zugang zum ÖPNV haben.

Uns ist es wichtig, dass sich in Marzahn-Hellersdorf alle Bürger:innen gleichermaßen wohlfühlen und die unterschiedlichen Perspektiven bei der Stadtplanung gerecht berücksichtigt werden. Dabei geht es uns um den Schutz und Erhalt von freien Flächen, aber auch um den Wohnungsneubau mit bürgerfreundlichen Mieten. In keinem Bezirk wird derzeit so viel gebaut wie bei uns.

In dieser Berliner Stimme finden Sie unsere Ideen rund um alles, was zum Schwerpunkt „Wohnen“ gehört. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir diese Ideen in der Zukunft umsetzen. Bei Fragen und Hinweisen sprechen Sie uns gern und jederzeit an.

Gordon Lemm & Jennifer Hübner
Kreisvorsitzende der SPD Marzahn-Hellersdorf

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Die SPD gibt Antworten auf die wichtige Frage des bezahlbaren Wohnens in Neubau und Bestand

Von Claudia Kintscher

Das Wohnen ist die große soziale Frage unserer Zeit: Ein Zuhause zu haben, wo man sich wohlfühlt, Kraft tanken kann und Geborgenheit spürt. Die eigene Wohnung ist der Mittelpunkt des Lebens.

Seit den vergangenen Wahlen haben wieder Sozialdemokrat:innen Verantwortung für die Wohnungspolitik in Bund und Land übernommen. Es ist unsere Aufgabe, Verdrängung und überbordenden Mietpreissteigerungen entgegenzuwirken sowie funktionierende Nachbarschaften sicherzu-

stellen. Wir haben die vielen Berlinerinnen und Berliner im Blick, die sich Sorgen um die Sicherheit ihres bezahlbaren Wohnraums machen. Mit Ulker Radziwill haben wir deshalb auch erstmals eine Staatssekretärin für Mieterschutz und Quartiersentwicklung eingesetzt. Diese Entscheidung macht deutlich, was uns wichtig ist: Neubau und Bestandsschutz für Mieterinnen und Mieter. „Wir wollen die Menschen in ihren Wohnungen schützen. Niemand soll Angst vor Verdrängung haben“, so Radziwill.

Pro Jahr wollen wir 20.000 neue Wohnungen bauen, 100.000 bis zum Jahr 2026. An diesem Ziel werden wir trotz aktuell widriger Umstände festhalten. Damit dies gelingt, müssen alle am Wohnungsbau Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten. Dafür haben wir das „Bündnis für Wohnungsbau und

bezahlbares Wohnen“ auf den Weg gebracht. Denn allen ist klar: Keiner löst die Neubaufgabe allein. Das geht nur gemeinsam mit einem stadtweiten Kraftakt. Mit der ebenfalls neu gegründeten Senatskommission Wohnungsbau werden zügig Hürden und Hemmnisse bei großen Bauvorhaben aus dem Weg geräumt und Streitfragen entschieden. Dabei sollen die Entscheidungen immer mit Blick auf das Wohl der gesamten Stadt erfolgen.

DREI SCHLÜSSEL ZUM BEZAHLBAREN WOHNEN

„Berlin geht voran“ betont Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin und Landesvorsitzende der Berliner SPD. „Mit unserem Wohnungsbündnis gehen wir das an, was wir auf Landesebene für die Berlinerinnen und Berliner erreichen können. Drei Schlüssel sor-

gen für mehr Zugang und Schutz insbesondere für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen – im Neubaubereich, bei der Neuvermietung von Wohnungen und bei der Mietenentwicklung im Bestand. Wir haben sehr ambitionierte Ziele vereinbart, um die Berliner Mischung in lebenswerten Stadtquartieren zu erhalten.“

Auch Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, will ganz konkret etwas für die Menschen in Berlin bewegen: „Mein Ziel ist es, den Wohnungsmarkt zu entspannen und Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt zu schützen. Das geht durch schnellen Bau bezahlbarer Wohnungen und die Begrenzung der Mietbelastung – vor allem für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.“

Mehr zum Thema » S. 3/4/5

FLIEßENDER VERKEHR IM OSTEN

Die TVO kommt!

Die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) zwischen der Märkischen Allee und der Spindlersfelder Straße gilt als das wichtigste Straßenbauprojekt im Osten Berlins.

Erste Planungen der Nord-Süd-Verbindung reichen bis 1969 zurück. Die TVO soll die Wohngebiete vom Verkehr entlasten. Beispielsweise in der Köpenicker Straße in Biesdorf-Süd. Hier staut sich der Verkehr regelmäßig. „Deshalb ist es wichtig, dass die TVO zügig kommt“, meint Bezirksbürgermeister Gordon Lemm (SPD), der die Planungen unterstützt.

Dabei entlastet die TVO mit ihren zwei Fahrspuren in jede Richtung nicht nur die Anlieger in der

Köpenicker Straße vom motorisierten Verkehr. Sie „wird Radwege erhalten, und fünf völlig neue Bushaltestellen sind geplant“, freut sich Lemm. Noch in diesem Jahr soll das Planfeststellungsverfahren beginnen, informiert jüngst die zuständige Senatsverwaltung.

Eine Sorge macht sich unter den Anwohnern derzeit breit. Die Baukosten sollen nach Information aus dem Senat bei aktuell ca. 350 Mio. Euro liegen. Bezirksbürgermeister Lemm und die SPD zeigen sich kämpferisch und drängen auf eine zügige Realisierung des Vorhabens.

Ole Kreins
SPD Biesdorf-Nord



Weniger Staus – das ist eines der Ziele der neuen Tangentialen Verbindung Ost (TVO). Foto: Ben Schneider

EIN ZUHAUSE FÜR ALLE IM BEZIRK

Gemeinsam leben

In Marzahn-Hellersdorf leben ca. 51.000 Menschen mit einer anerkannten Behinderung. Viele von ihnen sind auf einen Rollstuhl angewiesen oder so mobilitätseingeschränkt, dass sie eine dafür zweckgebundene Wohnung brauchen. Von rund 100.000 Wohnungen im Bezirk sind 372 rollstuhlgeeignet, 549 barrierefrei.

Mit einem Altersdurchschnitt von 43,8 Jahren hat der Bezirk eine Mieterschaft, die sich früher oder später eine barrierefreie Wohnung wünscht. Die Hochhäuser in der Großsiedlung bieten mit Fahrstühlen dafür bereits eine Grundlage.

Marzahn-Hellersdorf bietet verhältnismäßig viel Freifläche für

den Wohnungsneubau. Dabei werden auch barrierefreie Wohnungen entstehen, die in Verbindung mit einem WBS moderate Mieten aufweisen.

Wohnungsbau muss immer im Kontext mit einem lebenswerten Wohnumfeld gedacht werden. Kurze, barrierefreie Wege zur Haltestelle, zur Arztpraxis, zur Kaufhalle oder zur Naherholung verdienen mehr Aufmerksamkeit. Diese Punkte stehen bei uns auf der Agenda, damit Marzahn-Hellersdorf weiterhin ein lebenswerter Ort für alle Menschen bleibt.

Jan Hofmann
Inklusionspolitischer Sprecher der BVV-Fraktion und AG Selbst Aktiv

MITLAUFEN!

Jeden Sonntag lädt Jan Lehmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses, zu einer Laufrunde ein. Knapp 8 Kilometer geht es vom Treffpunkt um 10 Uhr am Bahnhof Wuhletal zum Wolkenhain und zurück. Kommen Sie mal zu „Lehmann Lläuft!“ dazu: Beim Laufen oder bei den Erfrischungen danach gibt es reichlich Gelegenheit für politische und weniger politische Gespräche. Treffen kann man dort u. a. die Bezirksverordneten Jan Hofmann, Wolfhart Ulbricht, Eike Arnold, Luise Lehmann – manchmal sogar den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Raed Saleh, oder den Bürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Gordon Lemm.

MITMACHEN!

Gemeinsam für die Herzenssache Marzahn-Hellersdorf.



Special Olympics in der Sportmetropole

Menschen mit Behinderung in die Mitte der Gesellschaft

Von Iris Spranger, MdB
Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport Berlin

Für viele ist Berlin die Hauptstadt der Vielfalt, Freiheit und Toleranz. Berlin ist die Stadt, die Mauern einreißt und Grenzen überwindet. Doch es gibt einen Bereich, in dem wir dringend aufholen müssen: bei der Inklusion. Menschen mit Behinderungen sind viel zu oft ausgeschlossen oder stoßen auf Barrieren. Dabei gehören sie in die Mitte der Gesellschaft, sichtbar und selbstverständlich.

Laut UN-Behindertenrechtskonvention haben sie das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen, beim Wohnen und Arbeiten oder im Sport. Doch laut Teilhabebericht treiben nur rund sieben Prozent der Menschen mit geistiger Behinderung Sport; nur ein bis zwei Prozent sind in Sportvereinen aktiv.

Es macht mich glücklich, dass sich unsere Stadt erfolgreich um zwei große Sportveranstaltungen beworben hat, die Aufmerksamkeit auf das wichtige Thema Inklusion lenken. Im Juni war Berlin Gastgeberin für die Nationalen



Teilnehmer:innen der Special Olympics aus Berlin und Brandenburg

Foto: Special Olympics/Jörg Brüggemann

Spielen der Special Olympics. Im Juni 2023 findet in Berlin – und erstmals in Deutschland – die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung statt, die Special Olympics World Games.

Ich hoffe, dass die Special Olympics der Inklusion im Breitensport einen mächtigen Schub verleihen. Mit dem Nachhaltigkeitsprogramm Inklusion '23 treibt das Land den Wandel voran, in Sportvereinen vor Ort inklusive Strukturen zu schaffen.

Marzahn-Hellersdorf zum Beispiel hat sich erfolgreich als Host Town für die Weltspiele beworben.

Im nächsten Jahr wird der Bezirk Gastgeber für eine der 190 Delegationen.

Es gibt tolle inklusive Beispiele in Marzahn-Hellersdorf, so trainieren im Fechtzentrum Berlin behinderte und nichtbehinderte Sportbegeisterte gemeinsam. Das Land hat rund 1,8 Millionen Euro in die Sanierung der Halle investiert, entstanden ist ein barrierefreies Fechtzentrum. Der Hellersdorfer Athletik-Club Berlin hat eine lange Tradition in der Förderung des Sports auch für Menschen mit Behinderung. Der Verein baut in Kürze einen Anbau,

gefördert durch das Vereinsinvestitionsprogramm. Im SV Berlin 2000 bereiten sich Athletinnen und Athleten auf die Weltspiele der Special Olympics vor. Die Anlage Am Rosenhag wird mit Geldern aus dem Sportstättenanierungsprogramm umgebaut.

Das alles kostet Geld, wichtig ist aber ebenso das persönliche Engagement der vielen Menschen, die im Sport aktiv sind. Dass Menschen mit Behinderung auch im örtlichen Sportverein willkommen sind, muss unser gemeinsames Ziel sein.

Der Bezirk im (Klima-)Wandel

Die diesjährigen Hitzetage haben sehr deutlich gemacht: Der Klimawandel ist auch hier angekommen

Obwohl unser Bezirk grüner ist als die Innenstadtbezirke, heizen sich die zahlreichen Beton- und Asphaltflächen auf und geben die Hitze an die Umgebung ab. Um Hitzeinseln zu reduzieren, müssen Flächen entsiegelt und Regenrückhaltung geschaffen werden, damit das Wasser nicht abfließt, sondern für unser Grün im Boden versickern kann.

Eine weitere Maßnahme, um das Klima in unserem Bezirk zu verbessern, ist die Begrünung von Dächern und Fassaden. Hier sorgt die Verdunstung des gespeicherten Wassers für Kühlung und Luftbefeuchtung – Luftschadstoff

fe und Feinstaub werden von den Pflanzen aus der Luft gefiltert. Außerdem wirkt dieser grüne Teppich wie ein Hitzeschild im Sommer und wärmedämmend im Winter – eine natürliche Klimaanlage sozusagen.

Klimawandel bedeutet aber nicht nur Wasserknappheit und Hitze, sondern auch Energieknappheit und daraus resultierende Preisexplosionen. Um unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren und eine preisstabile Versorgung sicherzustellen, sind Photovoltaik-Anlagen und energetische Sanierung die Mittel der Wahl.

Die SPD hat den Klimawandel im Blick. Diverse Anträge, ob zur Dachbegrünung oder mit Photovoltaik-Anlagen überdachten Parkplätzen, sind das Ergebnis.

WELCHE HILFEN BIETET DER STAAT UND WAS KANN ICH SELBST TUN?

Die Preise für Benzin und Diesel, für Lebensmittel und fürs Heizen steigen rasant. Viele fragen sich in diesen Tagen: Komme ich hin mit meinem Geld? Reicht es noch am Monatsende? Die SPD-geführte Bundesregierung hat umfangreiche Entlastungen auf den Weg ge-

bracht. In der Summe reden wir über mehr als 30 Milliarden Euro. Diese Entlastungen kommen jetzt an, in den nächsten Tagen und Wochen.

Marcus Jehne
Bürgerdeputierter Stadtentwicklung

Mehr Infos zu den Entlastungspaketen finden Sie auf der Webseite der SPD Marzahn-Hellersdorf:



spd-marzahn-hellersdorf.de

IMPRESSUM**Berliner Stimme**

Zeitung der Berliner Sozialdemokratie

LANDESSEITEN
(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Sven Heinemann (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin
Tel. 030-4692222
https://spd.berlin

Redaktion: Sebastian Thomas (SET) – Leitung,
Claudia Kintscher (CK), Ulrich Horb, Jonas Gebauer
Kreuzworträtsel: Ulrich Schulte-Döinghaus

BEZIRKSEITEN MARZAHN-HELLERSDORF
(Seiten 1 rechts/unten, 2, 7, 8)

Herausgeber:
SPD Marzahn-Hellersdorf
Kreisvorsitzende Jennifer Hübner
und Gordon Lemm (V.i.S.d.P.)
Blumberger Damm 158, 12679 Berlin
Kontakt:
kreis.marzahn-hellersdorf@spd.de
https://spd-marzahn-hellersdorf.de/
https://twitter.com/spdmahe
https://www.facebook.com/SPD.MaHe/

Redaktion:
S. Jehne, G. Krug, M. Hoffmann, B. Schneider,
J. Hofmann, K. Lichtenstein, M. Pausenberger

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Marzahn-Hellersdorf

Besonders in Großstädten explodieren die Mieten – damit auch in Marzahn-Hellersdorf

Was können wir stetig steigenden Mieten entgegensetzen? Hier lohnt ein Blick in unser Grundgesetz. In Artikel 14 heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“

Unsere Verfassung schafft damit das Fundament für einen Wohnungsmarkt, bei dem das Gemeinwohl im Mittelpunkt steht. Die SPD teilt diesen Ansatz. Deshalb setzen wir uns mit konkreten Vorschlägen für einen sozialeren Wohnungsmarkt ein. Wir wollen Wohnraum fördern und schaffen, der nicht der Gewinnmaximierung, sondern einem guten nachbarschaftlichen Miteinander dient.

Unser Konzept dafür ist die neue Wohngemeinnützigkeit: Bauherren schaffen auf der Grundlage sozialer Regeln neuen Wohnraum oder bieten existierenden Wohnraum erschwinglich an, sodass dieser für breite Schichten der Bevölkerung gut bezahlbar ist. Voraussetzung für die Gemeinnützigkeit könnte sein, dass diese Wohnungen dauerhaft mindestens zehn Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete vermietet und denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die es auf dem Mietwohnungsmarkt besonders schwer haben: Familien, Alleinerziehende, Studierende, Rentnerinnen und Rentner.



Kevin Kühnert ist als Bundestagsabgeordneter – neben seinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg – auch für Marzahn-Hellersdorf zuständig.

Foto: Maximilian König

Vermieter, die sich der Gemeinnützigkeit rechtsverbindlich verschreiben, haben auch etwas davon: Steuervorteile oder die bevorzugte Vergabe von Bauland. Das bietet Planungssicherheit, macht den Wechsel ins gemeinwohlorientierte Vermietertum attraktiv und verschiebt die Gewichte auf dem Mietmarkt von der Profit- zur Gemeinwohlorientierung – ohne Zwang, sondern schlicht mit bestechenden Argumenten. Die Wohngemeinnützigkeit wird so dauerhaft dafür sorgen, dass sich Mieterinnen und Mieter überall in Deutschland auf das Versprechen eines bezahlbaren Zuhauses verlassen können.

Kevin Kühnert

„Wir brauchen einen Energie-Fahrplan der SPD“

Seit Ende 2020 führen Franziska Giffey und Raed Saleh als Doppelspitze die Berliner Sozialdemokratie. Mit Erfolg: Am 26. September 2021 hat die SPD Berlin das Rote Rathaus verteidigt. Seitdem sind die Aufgaben für die Regierende Bürgermeisterin und den Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus nicht kleiner geworden. Mit der Berliner Stimme sprechen die Beiden über aktuelle Herausforderungen und Ziele.

Berliner Stimme: Die Folgen des russischen Angriffskriegs treffen auch viele Menschen in Berlin, die mit steigenden Preisen u. a. durch Inflation zu kämpfen haben. Was tut die Politik dagegen?

Franziska Giffey: Richtig. Viele Berlinerinnen und Berliner fragen sich derzeit, wie sie sich ihr Leben bei den steigenden Preisen in unserer Stadt noch leisten können und ob die Energieversorgung sicher ist. Hier sind wir als Politik in der Pflicht. Die Entlastungspakete des Bundes waren ein erster Schritt und ein guter Anfang. Klar ist aber auch: Es muss jetzt weitergehen. Dabei müssen auch insbesondere Studierende und Rentner stärker in den Fokus genommen werden. Wir müssen die Entlastungen, die der Bund gewährt, sinnvoll durch Landesmittel ergänzen.

Raed Saleh: Mit der Energiepauschale, dem Heizkostenzuschuss, der Erhöhung des Grundfreibetrags oder des 100-Euro-Bonus pro Kind

wurden bereits gute Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wichtig ist: Wir müssen soziale Härten vermeiden. Ich mache mir Sorgen, dass selbst Menschen, die wir zur Mittelschicht zählen, die zwischen 1.800 Euro Netto und als Familie 3.000 Euro Netto im Monat verdienen, durch die aktuellen Entwicklungen von Armut bedroht sein werden. Um das zu verhindern, brauchen wir weitere Entlastungen. Deshalb setze ich mich für die temporäre Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ein. Ich halte auch eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne, die unverschämt an der Krise profitieren, für richtig.

Franziska Giffey: Auch die Einführung des 9-Euro-Ticket zählt zu den Entlastungen – gerade in Berlin hat das gezeigt, dass sich mehr Menschen den ÖPNV leisten können und die Bahn nutzen. Auch hier gilt es nun, eine Lösung für den Anschluss zu finden. Dafür braucht es auch ein klares Signal des Bundes. Wir wollen ein bezahlbares Ticket für alle Berlinerinnen und Berliner. Die SPD schlägt schon seit längerem das 365-Euro-Ticket pro Jahr vor.

Berliner Stimme: Bei der Bezahlbarkeit steht auch immer wieder das Wohnen im Fokus: Was macht Berlin, damit die Mieten bezahlbar für alle bleiben?

Franziska Giffey: Bezahlbares Wohnen und der Neubau von



Packen gemeinsam an für Berlin – Raed Saleh und Franziska Giffey Foto: Jonas Holthaus

Wohnungen stehen bei uns ganz oben auf der Agenda im Senat. Deshalb haben wir auch direkt zu Beginn der Amtszeit das Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen in Berlin auf den Weg gebracht. Zu unseren Schlüsseln für mehr bezahlbaren Wohnraum zählen neben dem Neubau von 100.000 neuen Wohnungen in den nächsten fünf Jahren auch eine gerechtere Neuvermietung, bei der 30 Prozent des Angebots an geringere Einkommen gehen soll. Außerdem soll es Härtefallregelungen geben, damit die Mieten

auf nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens erhöht werden.

Berliner Stimme: Neben den Aufgaben im Roten Rathaus als Regierende Bürgermeisterin und als Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus gibt es noch die große Aufgabe, die Berliner SPD als Landesvorsitzende zu führen.

Franziska Giffey: Das ist für uns eine große Ehre! Die Partei hat uns 2020 das Vertrauen geschenkt, einen neuen Weg einzuschlagen, bei dem alle mitgegangen sind – mit Erfolg! Wir haben in Berlin das

Rote Rathaus verteidigt. Das ist auch der Verdienst der ganzen Partei und mit unserer Politik begeistern wir auch neue Menschen: Mehr als 2.000 Neumitglieder sind seit 2020 hinzugekommen. Jetzt geht es darum, für den nächsten Parteitag im November in einem breiten Beteiligungsprozess einen Leittrag zum Umgang mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise zu erarbeiten. Wir brauchen einen Energie-Fahrplan der SPD für die Energieversorgungssicherheit, die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und Energieeinsparungen, die nötig sind.

Raed Saleh: Und nun geht es weiter: Wir arbeiten für eine soziale Politik und insbesondere für die Menschen, die sich Sorgen um ihre Zukunft aufgrund der Kostensteigerungen machen. Ich will, dass die Berlinerinnen und Berliner sich ihre Stadt weiter leisten können. Deshalb liegt hier in der Zukunft auch der Fokus unserer Arbeit.

Fragen: Jonas Gebauer

Das ausführliche Interview lesen Sie hier:



spd.berlin/magazin/berliner-stimme/giffey-saleh-herausforderungen/

BEZAHLBARES WOHNEN

Ein Fürsorgeauftrag auf Landes-, Bundes- und Europaebene

Berlin soll eine Stadt bleiben, die Platz für alle bietet. Die SPD Berlin sorgt deshalb mit dem Neubau und der Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Bestand, mit dem konsequenten Schutz von Mieterinnen und Mietern sowie mit einer aktiven, sozialen und vorausschauenden Bodenpolitik dafür, dass es auch zukünftig ausreichend bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen Berlins gibt. Wir bauen heute das sozial gerechte Berlin von morgen, das auch kommende Generationen im Blick hat. Das ist unser Fürsorgeauftrag für Berlin.

DER BUND IST MIT IN DER VERANTWORTUNG

Zusätzlich zu allen Maßnahmen, die Berlin als Land realisieren kann, muss aber auch der Bund zu Lösungen für einen beschleunigten Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen beitragen. Neben dem Neubau ist das Vorkaufsrecht ein wesentlicher Baustein, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat jedoch der bisherigen Praxis weitgehend die Grundlage entzogen. Deshalb hat Berlin gemeinsam mit Hamburg erfolgreich eine Bundesratsinitiative eingebracht. Mit ihr wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, mit dem eine rechtssichere und wirksame Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts wieder gewährleistet ist.



Neubau, bezahlbarer Wohnraum im Bestand, Schutz von Mieterinnen: Die Berliner SPD will, dass Berlin eine Stadt bleibt, die Platz für alle bietet – auch für kommende Generationen.

Illustration: SPD Berlin

AUCH DIE EU BEKÄMPFT DIE WOHNUNGSNOT

Auf dem SPD-Landesparteitag im Juni hat Bundesbauministerin Klara Geywitz Berlin dafür bereits weitere Unterstützung zugesichert: „Ich weiß nicht nur, wie wichtig das kommunale Vorkaufsrecht ist. Ich werde mich auch mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass diese Regierung das kommunale Vorkaufsrecht wieder etabliert.“

400.000 neue Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau, sind das Ziel der Bundesregierung für Deutschland. „Ich möchte, dass wir es schaffen, in Deutschland gutes, bezahlbares und klimagerechtes Wohnen in einem lebenswerten Umfeld sicherzustellen. Ich möchte zudem, dass wir ausreichend Wohnungen bereitstellen. Wohnungen, die den demografischen wie digitalen Erfordernissen entsprechen. Aber auch Wohnungen, die den ökologischen Standards gerecht werden“, so Geywitz.

Auch viele Staaten der Europäischen Union stehen vor den gleichen Herausforderungen rund um das Thema Wohnungsnot. Deshalb stünden der soziale Wohnungsbau und die Bekämpfung von Obdachlosigkeit auch auf der sozialpolitischen Agenda der EU, erklärt die Berliner SPD-Europaabgeordnete Gaby Bischoff im Interview mit der Berliner Stimme (S. 5).

Claudia Kintscher

DOPPELHAUSHALT

Berlin spart sich nicht aus der Krise

Der Haushalt von Berlin wächst: 2022 auf ein Volumen von zirka 37,4 Milliarden Euro. Im darauffolgenden Jahr beträgt die Summe 37,8 Milliarden Euro. Das zeigt: Die SPD-geführte Koalition spart Berlin nicht aus der Krise, sondern investiert in die Zukunft der Stadt und setzt wichtige sozialdemokratische Projekte um.

Angelehnt an die „5 Bs für Berlin“ sind einige Highlights im Folgenden einmal aufgelistet. **Bauen:** Die Berliner Landesregierung möchte den Wohnungsbau schnell vorantreiben – erklärtes Ziel: 20.000 Wohnungen pro Jahr. Dafür soll der Wohnungsbau in den neuen Stadtquartieren intensiviert und beschleunigt werden. Im Moment sind 17 solcher Quartiere mit Wohnungen für rund 100.000 Menschen in Planung und Entwicklung (S. 4). Der Haushaltsentwurf sieht den Bau von 5.000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr vor. Dafür stellt das Land jährlich 746 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Planungen für die Verlängerungen von U-Bahnlinien, vor allem für die U3 zum Mexikoplatz und für die U7 nach Heerstraße Nord und zum BER, werden nach dem neuen Haushaltsgesetz in den kommenden Jahren mit mindestens rund 30 Millionen Euro vorangetrieben. **Bildung:** 2022 werden 410 neue Stellen für Lehrkräfte und rund 557 für weiteres pädagogisches Personal geschaffen. 2023 sind es weitere 364 neue Stellen für Lehrer:innen und 245

Stellen für weiteres pädagogisches Personal. Um den Bedarf an mehr Personal sicherzustellen, wird der Senat die Verbeamtung der Lehrkräfte wieder einführen. **Beste Wirtschaft:** Frauen werden künftig bei der Gründung von Start-ups mit weiteren fünf Millionen Euro unterstützt. Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof (WISTA) wird mit weiteren fünf Millionen Euro gestärkt. **Berlin in Sicherheit:** Die „Kotti-Wache“ kommt – dafür werden 3,5 Millionen Euro investiert. Die Polizei wird mit insgesamt 626 zusätzlichen Stellen gestärkt, die Feuerwehr erhält 103 zusätzliche Stellen. Damit soll die Einsatzbereitschaft erhöht und verbessert werden. **Bürgernahe Verwaltung:** 10 Prozent mehr als in den Jahren davor – über 540 Millionen Euro – sieht der Haushaltsplan für die Digitalisierung der Verwaltung vor. Darüber hinaus werden die Verwaltung und der öffentliche Dienst weiter gestärkt: 4.500 neue Stellen werden 2022 und 2023, unter anderem in den Bereichen der inneren Sicherheit, geschaffen.

Sebastian Thomas

Was noch vereinbart wurde:



spd.berlin/magazin/berliner-stimme/doppelhaushalt-2022-2023/

Hier entstehen die 17 neuen Berliner Stadtquartiere

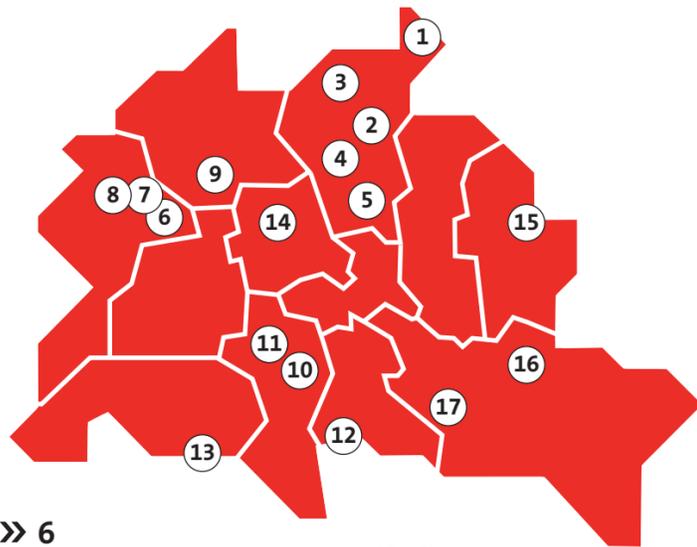
» 1
BUCH – AM SANDHAUS
Pankow
ca. 3.000 Wohneinheiten
Das 57 Hektar große Gebiet soll ein lebendiges, städtebaulich und sozial durchmischtes Quartier werden.

» 2
ELISABETH-AUE
Pankow
ca. 5.000 Wohneinheiten
Auf den rund 74 Hektar soll eine landeseigene Entwicklungsgesellschaft neuen Wohnraum schaffen.

» 3
BLANKENBURGER SÜDEN
Pankow
ca. 5.000 Wohneinheiten
Der Blankenburger Süden soll schnell und umweltfreundlich durch eine Verlängerung der Straßenbahn M2 angebunden werden.

» 4
EHEM. RANGIERBAHNHOF
Pankow
ca. 5.000 Wohneinheiten
Hier sollen Einzelhandel, Schulen, Kindertagesstätten sowie Spielplätze und Parkanlagen entstehen.

» 5
MICHELANGELOSTRAßE
Pankow
ca. 1.200 Wohneinheiten
Nach einem Teilnahmeverfahren dauert bis heute ein Dialogprozess an. Hier soll ein ökologisch-soziales Modellquartier entstehen.



» 6
SIEMENSSTADT²
Spandau
ca. 2.750 Wohneinheiten
Dieses Stadtquartier ist ein wesentlicher Baustein der städtebaulichen Entwicklung im Westteil von Berlin. Bis 2035 soll auf dem 76 Hektar großen Areal in der traditionsreichen Siemensstadt ein gemischt genutzter Stadtteil entstehen.

» 7
DAS NEUE GARTENFELD
Spandau
ca. 4.000 Wohneinheiten
Das im Westen Berlins im Bezirk Spandau liegende Areal ist 59 Hektar groß und bisher eine Industriebrache. Das Gebiet ist vom Berlin-Spandauer als auch Alten Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal umgeben.

» 8
WASSERSTADT OBERHAVEL
Spandau
ca. 8.300 Wohneinheiten
Eines der größten neuen Stadtquartiere. Es erstreckt sich auf beiden Seiten der Havel. Neben Wohnungen sind Schulen, Kitas, Grün- und Gewerbeflächen geplant.

» 9
SCHUMACHER QUARTIER
Reinickendorf
ca. 5.000 Wohneinheiten
Leben in der „Stadt der Zukunft“: Nachdem der Flughafen Tegel geschlossen wurde, soll am Kurt-Schumacher-Platz ein neues Stadtquartier mit mehreren Schulen, Kitas, Sportanlagen, Einkaufsmöglichkeiten und vielen Grünflächen entstehen.

» 10
NEUE MITTE TEMPELHOF
Tempelhof-Schöneberg
ca. 500 Wohneinheiten
„Sozial- und generationsgemischt, grün und klimaneutral, gut vernetzt und zukunftsfähig“ – so stellen sich die Projektträger:innen die Neue Mitte Tempelhof vor.

» 11
SCHÖNEBERGER LINSE
Tempelhof-Schöneberg
ca. 1.900 Wohneinheiten
Das zwischen Südkreuz und S-Bahnhof Schöneberg gelegene Areal soll ein vielfältig genutztes Stadtquartier werden: Neben Wohnungen gibt es Platz für Büros, Dienstleistungen und soziale Infrastruktur.

» 12
BUCKOWER FELDER
Neukölln
ca. 900 Wohneinheiten
Vor dem Baubeginn wurde das 16 Hektar große Areal landwirtschaftlich genutzt. Hier sollen mindestens 30 Prozent der Wohnungen öffentlich gefördert sein und einen Mietpreis von 6,50 Euro/qm haben.

» 13
LICHTERFELDE SÜD
Steglitz-Zehlendorf
ca. 3.000 Wohneinheiten
Der ehemalige Truppenübungsplatz und die angrenzenden Gewerbegebiete in Lichterfelde-Süd sollen städtebaulich zu einem neuen Stadtquartier entwickelt werden.

» 14
EUROPACITY
Mitte
ca. 3.000 Wohneinheiten
Das Gebiet ist zentral gelegen und gut erreichbar durch Nah- und Fernverkehr. Die sich im Umfeld des Hamburger Bahnhofs etablierende Kunstlandschaft macht das neue Quartier nochmal attraktiver.

» 15
STADTGUT HELLERSDORF
Marzahn-Hellersdorf
ca. 1.500 Wohneinheiten
Das Gebiet liegt zentral in der Großsiedlung Hellersdorf. Die Freiraumqualitäten der Großsiedlung müssen erhalten bleiben und die notwendige Infrastruktur gebaut werden.

» 16
EHEMALIGER GÜTERBAHNHOF KÖPENICK
Treptow-Köpenick
ca. 1.800 Wohneinheiten
Umgeben von Wald-, Grün- und Parkflächen soll ein klimaneutraler Wohn- und Gewerbestandort mit Schulen sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen entstehen.

» 17
JOHANNISTHAL/ADLERSHOF
Treptow-Köpenick
ca. 2.500 Wohneinheiten
Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort soll ein integrierter urbaner Stadtteil werden. Ein Quartier mit Eigenheimen ist bereits realisiert, ein weiteres urbanes Quartier entsteht.

Eine weitreichende Zusammenarbeit führt zum Erfolg

Ergebnisse der Kooperationsvereinbarung „Leistungsbare Mieten, Wohnungsneubau, soziale Wohnraumversorgung“ vorgelegt

SPD-Bausenator Andreas Geisel hat den aktuellen Jahresbericht zur Kooperationsvereinbarung zwischen den landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU), dem Berliner Senat und der Wohnraumversorgung Berlin vorgelegt.

Die sechs LWU halten ein Fünftel des Berliner Mietwohnungsbestands. Diese Wohnungen spielen eine herausragende Rolle bei der Wohnraumversorgung – insbesondere für Haushalte mit niedrigen Einkommen.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick: Die Bestandsmiete der sechs Unternehmen in laufenden Verträgen bleibt im Vergleich zum Vorjahr unverändert und betrug zum Jahresende 2021 durch-

schnittlich 6,29 Euro pro Quadratmeter. Die durchschnittliche Neuvertragsmiete lag bei 7,25 Euro pro Quadratmeter. Damit liegt sie knapp ein Drittel unterhalb der auf dem Markt üblichen Angebotsmieten von 10,55 Euro pro Quadratmeter.

Im Berichtsjahr ist die Zahl der zur Wiedermietung auf den Markt gekommenen Bestandswohnungen der sechs LWU – ohne Neubauwohnungen ab 2012 – um rund sieben Prozent auf 15.385 gestiegen. 62,5 Prozent dieser Wohnungen wurden an Haushalte vergeben, die einen Wohnberechtigungsschein besitzen. Das im Wohnraumversorgungsgesetz Berlin vorgegebene Ziel, wonach elf Prozent aller Wiedervermietungen an beson-



Bausenator Andreas Geisel bei der Grundsteinlegung für 583 Wohnungen und eine Kita der Wohnungsbaugesellschaft degewo. Für ihn ist klar: Die landeseigenen Unternehmen spielen beim Wohnungsbau eine wichtige Rolle. Foto: SENS BW

dere Bedarfsgruppen wie Obdachlose, Geflüchtete oder betreute Wohnformen erfolgen sollen, wurde mit einer Quote von 13,5 Prozent erfüllt. Die für alle besonderen Bedarfsgruppen, ergänzt um Transferleistungsberechtigte und Studierende, in der Kooperationsvereinbarung vorgesehene Vermietungsquote von 15 Prozent wurde mit 36,4 Prozent deutlich überschritten.

Mit über 3.300 Neubauwohnungen und knapp 3.100 angekauften Bestandswohnungen setzten die LWU im Jahr 2021 ihr Bestandswachstum fort. Bei knapp 40 Prozent der angekauften Bestandswohnungen handelt es sich um geförderte oder sonstige gebundene Wohnungen. BS

EHRENAMT

Er spendiert jungen Bäumen Wasser

Er fährt durch Berlin und gießt Bäume: Sebastian Herges. Der 43-Jährige ist Mitbegründer der Initiative „BerlinerBäumeWässerer“.

„Gerade junge Bäume benötigen viel Wasser, da sie noch keine tiefen Wurzeln bilden konnten“, erklärt er. Auf die Idee, Bäume zu gießen, kam er während einer Müllsammelaktion im Akazienwald nahe der Hufeisensiedlung. Hier seien den Beteiligten die trockenen Bäume aufgefallen. Daraufhin startete er 2018 die Initiative, die sich an der Internetseite giessdenkiez.de orientiert.

2021 trat Sebastian Herges außerdem in die Berliner SPD ein. „Von Anfang an unterstützte die Neuköllner SPD meine Initiative“, sagt er. So halfen der SPD-Bundestagsabgeordnete Hakan Demir und SPD-Politikerin Nina Lerch aus dem Abgeordnetenhaus beim Gießen. „Die jungen Bäume benötigen weiterhin dringend Wasser“, appelliert Sebastian Herges. Deshalb mache er weiter. SET

SPD-Mitglied werden und ebenso Gutes tun, können Sie hier: <https://spd.berlin/mitglied-werden/>



Im Einsatz gegen trockene Bäume: Sebastian Herges Foto: SET

FÖRDERPROGRAMME

Hilfe beim Wohnungsbau

Der Berliner Wohnungsmarkt ist seit Jahren angespannt. Zudem zeichnet sich immer deutlicher ab: Die Klimakrise wirkt sich auf den Wohnungsmarkt aus.

Neben erhöhten Anforderungen an den Wohnungsneubau kommt im Bestand eine ungleich größere Herausforderung auf Berlin zu, da dieser in den kommenden Jahrzehnten faktisch komplett klimafreundlich werden muss. Der Gebäudebereich ist noch für 44 Prozent der CO₂-Emissionen in Berlin verantwortlich. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2050 rund

80 Prozent des Gebäudebestandes energetisch saniert werden.

Um den Wohnungsneubau, die energetische Gebäudesanierung und die altersgerechte Modernisierung und Sanierung voranzubringen, hat die Investitionsbank Berlin (IBB) verschiedene Förderprogramme im Angebot. BS

Mehr Informationen zu den Förderprogrammen der IBB finden Sie hier: <https://www.ibb.de/de/immobilienfoerderung/foerderprogramme-a-z/foerderprogramme-a-z.html>

„Nicht mehr nur an Profiten orientieren“

SPD-Europapolitikerin Gaby Bischoff über Maßnahmen der EU gegen Wohnungsnot

Interview: Sebastian Thomas

Wohnraumangel und die in Folge stark gestiegenen Angebotsmieten prägen seit langem die öffentliche Debatte. Dazu kommt die sinkende Fluktuation in den Ballungszentren, das heißt, Mieterinnen und Mieter wechseln immer seltener ihre Wohnungen. Dabei ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Städten kein rein deutsches Problem. Dazu weiß SPD-Europaabgeordnete Gaby Bischoff mehr.

Berliner Stimme: Wie kann die EU überhaupt auf ihre Mitgliedstaaten einwirken, um Wohnungsnot zu bekämpfen?

Gaby Bischoff: Die EU hat keine spezifische Zuständigkeit im Bereich Wohnen. Die nationalen Regierungen entwickeln ihre eigene Wohnungspolitik. Trotzdem stehen viele EU-Staaten vor den gleichen Herausforderungen rund um das Thema Wohnungsnot. Deshalb stehen der soziale Wohnungsbau und die Bekämpfung von Obdachlosigkeit auf der sozialpolitischen Agenda der EU. Die EU kann also nicht selbst tätig werden, aber



Wohnen ist ein Menschenrecht: Das sollte in jedem EU-Staat anerkannt werden, findet die Berliner SPD-Europaabgeordnete Gaby Bischoff. Mehr noch: Der Wohnungsmarkt sollte sich nicht mehr nur an Investor:innen orientieren. Foto: Flinn Grosse

unterstützt nationale Vorhaben im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und fördert die Energieeffizienz von Wohngebäuden.

Welche Ursachen hat die Wohnungsnot in der EU?

Eine Ursache für die Wohnungsnot in der EU ist, dass in fast allen Staaten Wohnungen in finanzielle Vermögenswerte umgewandelt wurden. Viele Menschen investieren in Zweitwohnungen, um zum Beispiel für die Rente vorzusorgen.

Ausländische Investitionen haben die lokalen Immobilienpreise in die Höhe schießen lassen und Plattformen wie Airbnb verringern das Angebot an Wohnraum – besonders in Stadtzentren.

Welche Maßnahmen ergreift die EU, um Wohnungsnot zu bekämpfen?

Die EU leistet vor allem finanzielle Hilfe im Kampf gegen die Wohnungsnot. Zwischen 2012 und 2019 hat die Europäische Investitionsbank rund 150 Milliarden Euro

in Form von Darlehen für sozialen und erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung gestellt. Damit wurde der Bau von Sozialwohnungen, Studentenwohnungen und Pflegeheimen unterstützt.

Auch über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds werden sozialer Wohnungsbau und die Förderung der Energieeffizienz kofinanziert. Das bedeutet, dass die Mitgliedstaaten EU-Gelder erhalten, aber einen Eigenanteil

beisteuern müssen. Die Förderung der Energieeffizienz dürfen wir nicht unterschätzen. Viele Mieter:innen machen sich angesichts der steigenden Energiepreise große Sorgen vor dem kommenden Winter. Wer im Berliner Altbau wohnt, weiß, wie schwer und teuer es ist, die Wohnung warm zu halten. Über den Europäischen Sozialfonds (ESF) können EU-Staaten Dienstleistungen für wohnungslose und von Ausgrenzung bedrohte Menschen finanzieren.

2021 nahmen die EU-Abgeordneten eine Entschließung an, in der sie die Mitgliedstaaten auffordern, angemessenen Wohnraum als grundlegendes Menschenrecht anzuerkennen, das durch Rechtsvorschriften durchsetzbar ist.

Wohnen ist ein Menschenrecht – das muss in jedem EU-Staat anerkannt werden. Damit dieses Recht für alle Europäer:innen in greifbarer Nähe rückt, fordern wir in einer Entschließung des Europäischen Parlaments erhebliche Investitionen in erschwinglichen, sozialen und energieeffizienten Wohnraum. Gleichzeitig müssen spekulative Investitionen eingeschränkt und der Mieter:innenschutz gestärkt werden. Der Wohnungsmarkt darf sich nicht mehr rein an Investor:innen und Profiten orientieren, sondern muss im Sinne der Menschen reguliert werden, die in Häusern und Wohnungen wohnen wollen.

BUCHTIPP

Immer in Veränderung

Der Berliner Wedding hat viele Geschichten parat

Wiesenstraße, Rehberge, Müllerstraße, Koloniestraße: Einige Orts- und Straßennamen erinnern noch an die Frühzeit des Weddings. Wie sich aus der sandigen Heidelandschaft vor den Toren Berlins ein engbebautes Stadtquartier für Arbeiterfamilien entwickelte, wie Mauerbau und Sanierung des Bezirk veränderten, das beschreibt Bernd Schimmler, Vorsitzender des Weddinger Heimatvereins, in seinem faktenreichen Buch „Der Wedding – Vergangenheit und Veränderung“.

1251 wird der Wedding erstmals urkundlich erwähnt, als Spandauer Nonnen eine dortige Mühle für 21 Silbermark kaufen. Lange interessiert sich niemand für das karge Land, es dient als Weide für Tiere der Berliner Bürger, preußische Regenten jagen hier Fasane und Kaninchen. Anfang des 17. Jahrhunderts entsteht im Bereich der heutigen Pank- und Reinickendorfer Straße ein Vorwerksgehöft. Einen ersten Aufschwung erfährt der Wedding mit der Ansiedlung von Kolonisten an der Panke, darunter viele aus Frankreich ge-

flüchtete Hugenotten. Mit der Entdeckung und Vermarktung einer eisenhaltigen Quelle wird der Gesundbrunnen Ende des 18. Jahrhunderts zum Ausflugsziel für die Berlinerinnen und Berliner. 1861 werden Wedding und Gesundbrunnen nach Berlin eingemeindet. Bis zuletzt hatte sich Berlin gegen die Übernahme der „Armenkolonie“ gewehrt.

Die Industrialisierung verändert den Wedding vollständig. Für die Arbeiterfamilien entstehen enge Mietskasernen wie Meyers Hof mit sechs düsteren Hinterhöfen. Die Monatsmiete verschlingt einen Wochenlohn. Bernd Schimmler berichtet vom sozialen Elend und vom gleichzeitigen Aufstieg der Sozialdemokratie im Wedding. Der Reichstagswahlkreis VI ist der erste, in dem sie einen Abgeordneten stellt. Bis 1933 bleibt der Wedding „rot“, Sozialdemokraten sorgen in der Weimarer Zeit für eine Verbesserung der Wohnsituation, moderne Neubausiedlungen wie die Friedrich-Ebert-Siedlung entstehen.

Bernd Schimmler entwirft ein vielfältiges Bild vom Wedding, er beschreibt die Kirchengeschichte, zu der der Bau der alten Nazarethkirche nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel gehört, er erzählt von bemerkenswerten Industriebau-

ten wie der AEG, von der Anlage der Wedding Grünflächen und Volksparks, widmet der Kriminalgeschichte ein eigenes Kapitel und berichtet vom Aufbau in der Nachkriegszeit. Der Wedding hat viele Geschichten.

Uli Horb



Bernd Schimmler,
Der Wedding – Vergangenheit und Veränderung
Verlag Walter Frey, Berlin
2022, 250 Seiten
ISBN 978-3-946327-30-1
gebunden, 20,- €

BARRIEREFREIHEIT

Selbstbestimmt wohnen

Wir alle wollen so lange als möglich selbstbestimmt wohnen und leben. Familien mit (Klein-)Kindern, Menschen mit chronischen Schmerzen zum Beispiel in Hüfte oder Knie, Menschen mit Gehhilfen, Rollatoren oder Rollstühlen wie auch ältere Personen brauchen Wohnraum, der ohne besondere Hindernisse ist. Barrierefreiheit nützt also uns allen. Für Menschen mit Beeinträchtigungen ist Barrierefreiheit allerdings die absolute Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Barrierefreiheit ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der Vielfalt selbstverständlich ist. Ohne ein Mehr an Barrierefreiheit für alle wird Inklusion nicht gelingen. In der AG Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin sind Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen organisiert: Sie sensibilisieren für mehr Mitwirkung und Inklusion und schärfen das Bewusstsein für Barrieren gerade bei Menschen (noch) ohne Behinderungen. Die AG Selbst Aktiv kämpft für gesetzliche Verpflichtungen zur Umsetzung von Barrierefreiheit.

BARRIEREFREIES PLANEN UND BAUEN IST ZIEL DER SPD

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist bisher auf allen staatlichen Ebenen kein zentrales Element von Bau-, Wohnungs-, Quartiers- und Stadtentwicklungspolitik. Die Berliner Sozialdemokrat:innen wollen dies ändern. Schon jetzt fehlt es im Berliner Wohnungsbestand an

bezahlbaren und barrierefreien sowie uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen. Der Bedarf steigt bis 2025 auf mindestens 116.000 barrierefreie Wohnungen.

Um den Qualitätsstandard Barrierefreiheit umzusetzen, muss sichergestellt werden, dass in den jeweiligen Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene sachkundiges Personal für die fachgerechte Einhaltung von Vorschriften für barrierefreies Bauen vorhanden ist. Diese sachkundigen Mitarbeiter:innen sind bei der Planung und Umsetzung von Bauvorhaben zwingend zu beteiligen.

Im Wohnungsneubau streben wir 100 Prozent Barrierefreiheit an und versuchen zu regeln, dass die mit Fördergeldern – unter anderem der Pflegekassen – erzielte Barrierefreiheit nicht rückgebaut werden muss. Außerdem sind rechtliche Klärungen in Bezug auf Aufzüge in Milieuschutzgebieten wichtig. Ein regelhaftes Versagen des Einbaus von Aufzügen in einem Milieuschutzgebiet ist nicht länger vertretbar. Zuletzt verfolgen wir auch bei Erweiterungen beziehungsweise Umbauten in vielfältigen Berliner Bestandsgebäuden das Ziel des Abbaus von Barrieren. Es gilt eine Aufzugspflicht für jene Bestandsbauten, die mit der Aufstockung mehr als vier oberirdische Geschosse erreichen. Ausnahmen können nur nach sachkundiger Einzelfallprüfung durch das geschulte Personal erfolgen.

Mechthild Rawert
Vorsitzende AG Selbst Aktiv Berlin

Die SPD Berlin im Netz und in den sozialen Medien

spd.berlin facebook.com/spdberlin twitter.com/spdberlin instagram/spdberlin

Ein Ort der Weltgeschichte

Der Touristenmagnet Checkpoint Charlie veränderte sich im Laufe der Jahre rasant

Von Uli Horb

Es ist ein geschichtsträchtiger Ort. Mitten in der Stadt an der Friedrichstraße erinnert der ehemalige Grenzübergang Checkpoint Charlie an die Teilung Berlins und die Konfrontation von Ost und West. Mit dem Fall der Mauer standen Berlin plötzlich Grundstücke in prominenter Lage zur Verfügung.

Die Teilung Berlins zerschnitt auch die Friedrichstraße. An der Zimmerstraße entstand ein Grenzübergang für Angehörige der alliierten Streitkräfte und Diplomaten. Am 27. Oktober 1961 kommt es hier zur Eskalation: Als die DDR entgegen dem Viermächte-Status zivile Angehörige der West-Alliierten kontrollieren will, fahren am Checkpoint Charlie amerikanische Panzer auf. Ihnen gegenüber stehen 16 Stunden lang sowjetische Panzer. Ein drohender dritter Weltkrieg kann durch Verhandlungen abgewendet werden.

Für Berlin-Touristen gehört ein Besuch zum Pflichtprogramm. Für Mittes Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) geht es jetzt darum, den „Checkpoint Charlie als Bildungs-



Der Checkpoint Charlie 1987 und heute: Der ehemalige Grenzübergang teilte nicht nur die Friedrichstraße, sondern auch Ost- und West-Berlin. SPD-Baustadtrat Ephraim Gothe (Foto r.) möchte ihn als Bildungs- und Erinnerungsort erhalten.



Fotos: Paul Glaser (l.) - Melis Yeter (r.)

und Erinnerungsort zu erhalten und auch für die Berliner:innen zu öffnen. Damit er ein Ort für alle wird.“

Noch vor dem Mauerfall hatte die Internationale Bauausstellung auf westlicher Seite Fakten geschaffen. „Ziel war die Wiedergewinnung des charakteristischen Stadtgrundrisses der Friedrichstadt“, so Ephraim Gothe. Junge, später weltbekannte Architekten wie Peter Eisenman, Rem Kool-

haas oder Aldo Rossi entwarfen einzelne Häuser. „An den Mauerfall glaubte damals noch niemand, Zeugnis davon ist das Haus von Rem Koolhaas, das etwas zurückspringt, um das Wenden der amerikanischen Jeeps bequemer zu machen“, so Gothe. Nach dem Mauerfall schufen zwei Bauten von Paul Kleihues die Möglichkeit, so Gothe, „den verbleibenden Raum zu etwas ganz Besonderem zu machen“.

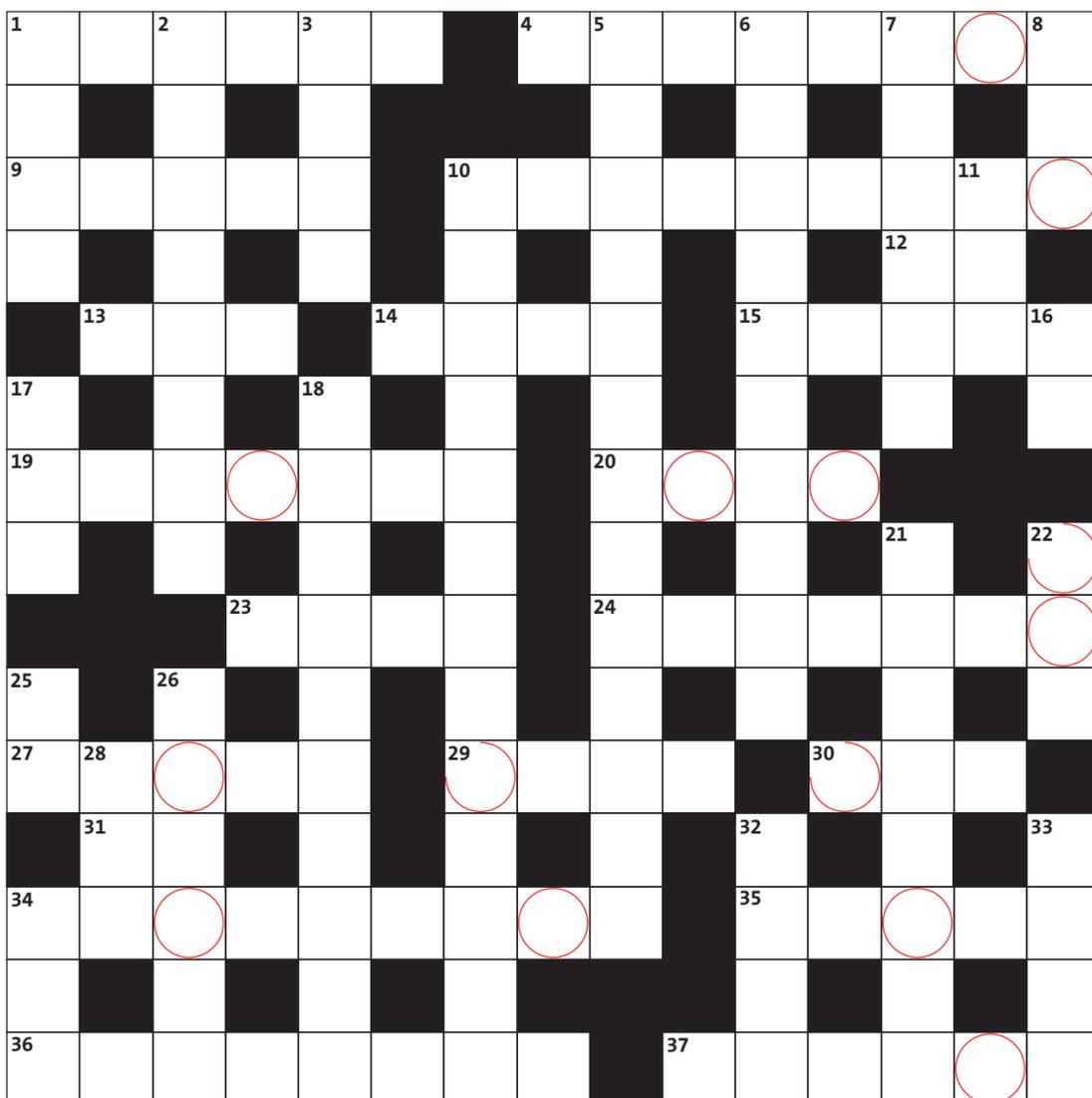
Die Grundstücke auf der östlichen Seite verkaufte der Senat nach dem Mauerfall an den Kosmetikerben Ronald Lauder, der mit seinem Plan eines American Business Centers amerikanische Unternehmen an den weltbekannten Ort locken wollte. Nur drei seiner geplanten fünf Gebäude wurden realisiert. Mehrere Investoren scheiterten in der Folge, etwa mit Plänen für ein Hardrock-Hotel.

Wie sich Mittes Baustadtrat Ephraim Gothe den zukünftigen Checkpoint Charlie vorstellt, lesen Sie hier:



spd.berlin/magazin/berliner-stimme/berlin-checkpoint-charlie/

Berliner Preis-Kreuzworträtsel



WAAGERECHT

- 1 Regierende
- 4 Höherer Beamter in Probezeit
- 9 langes, flaches Holzstück
- 10 ... macht angeblich auch Mist
- 12 akademischer Abschluss
- 13 damit werden die Haare schön
- 14 Feuerkröte mit Warnruf
- 15 Streitmacht
- 19 tief im Berliner Westen
- 20 Herkunftsort für Knäcke
- 23 verbotener Baustoff
- 24 Fenstervorhang im frz. Original
- 27 Bilderrätsel
- 29 Verbindung zwischen Knoten
- 30 legendäre Rockband
- 31 im ...
- 34 Wetterloch in Berlin-Hakenfelde
- 35 schmeckt mit und ohne Gin
- 36 steht selten stramm
- 37 mechanisches Rechenhilfsmittel

SENKRECHT

- 1 regiert angeblich die Welt
- 2 Etui
- 3 Wie heißt der Bürgermeister von Wesel – Im Kinderreim?
- 5 Experte im Abgaben-Dschungel
- 6 Platz für Installationen
- 7 Zweite Hälfte dieser Zeitung
- 8 Bestandteil der Takelage eines Segelschiffs
- 10 ohne Widersacher
- 11 Erstaufnahmeeinrichtung (Abk.)
- 16 Ukraine ist willkommen
- 17 Blutgerinnungshemmer
- 18 gehört zur Anschrift
- 21 Lehre von Bewegung und Verformung
- 22 Ende
- 25 männliches Fürwort
- 26 missbräuchlich (med.)
- 28 italienischer Mineralölkonzern
- 32 Stock aus Holz oder Metall
- 33 Krippenfigur mit Esel
- 34 Nebenfluss des Neckars

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine der wichtigen Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot.

Bitte schicken Sie das Lösungswort bis 15.9.2022 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stimme
Müllerstraße 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stimme@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs von Lucia Jay von Seldeneck „111 Bauwerke in Berlin, die man kennen muss“ mit Fotografien von Verena Eidel.



Jedes Haus, jede Brücke, jeder Bahnhof erzählt seine eigene Geschichte. Man muss nur genau hinhören. Dieses Buch taucht ein in die verschiedenen Epochen und Visionen dieser Stadt, in der nichts zusammenzupassen scheint – und doch alles einander bedingt, aufeinander reagiert, sich abgrenzt oder einreicht.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS VON LUCIA JAY VON SELDENECK „111 BAUWERKE IN BERLIN, DIE MAN KENNEN MUSS“ MIT FOTOGRAFIE VON VERENA EIDEL

Pack' die Badehose ein, wir wollen ins Freibad

Der Zeitplan zu unserem Kombibad

Von Gordon Lemm
Bezirksbürgermeister
von Marzahn-Hellersdorf

270.000 Menschen – ein Anliegen: „Gebt uns endlich ein Freibad!“ lautet seit Jahren der Wunsch unserer Anwohnenden. Die SPD und andere Parteien im Bezirk haben diese Forderung in ihren Wahlprogrammen. Passt es bislang dennoch nichts – warum eigentlich?

Ich denke, dafür gibt es zwei Gründe: Erstens haben die Parteien bis vor vier bis fünf Jahren versucht, das Thema allein zu lösen. Nach dem Motto, wir haben eine gute Idee, möchten aber die alleinige Anerkennung dafür, wenn es umgesetzt wird. Zweitens: Es gab kein einheitliches Vorgehen, keine geeinte Stimme aus dem Bezirk, die sich hinter der Idee versammelt und damit den nötigen Druck auf das Land Berlin aufbaut.

Ich wollte beides als frisch gewählter Sport- und Jugendstadtrat ändern. Deshalb habe ich vor vier Jahren die Parteien im Bezirksparlament aufgefordert, mögliche Standorte zu benennen, an denen ein Freibad gebaut werden könnte. Heraus kamen 20 Standorte, die von unseren Ämtern erstmalig geprüft wurden. Auch die Berliner Bäder-



Bezirksbürgermeister Gordon Lemm arbeitet an der Realisierung des Kombibads.

Foto: Ben Schneider

betriebe haben uns Bedingungen für eine Realisierung benannt: eine gute ÖPNV-Anbindung mit Zugang auch für Lichtenberger Gäste und eine landeseigene Fläche mit einer Mindestgröße.

Wir konnten als Bezirk eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben, bei der zwei Standorte als möglich analysiert wurden. Über das Ergebnis haben wir im Bezirksparlament abstimmen lassen. Heraus kam prioritär der Standort am Jelena-Santic-Friedenspark und eine Fläche am Biesdorfer

Friedhofsweg. Mit dem Ergebnis haben wir uns an das Land gewendet und geschafft, dass die Berliner Bäderbetriebe unseren Bedarf und Standort anerkannt und in ihre Bäder-Planungen offiziell aufgenommen haben. Der bisher größte Erfolg für unser aller Anliegen.

Als Bezirk haben wir daraufhin ein Bebauungsplan-Verfahren eingeleitet. Dieses ist notwendig, weil die Grünfläche nicht einfach so bebaut werden darf. Viele Belange müssen hier berücksichtigt werden. Es bedarf eines Verkehrsgut-

achtens, eines Umweltgutachtens, Bodenproben und Lärmschuttmessungen auf der Grundlage eines konkreten Bedarfsprogramms.

GEMEINSAM ZUM ERFOLG

Zusammen mit meiner Kollegin Juliane Witt (Die Linke) und den Berliner Bäderbetrieben setzen wir diese Schritte gerade um. Die Bäderbetriebe erstellen aktuell ein Bedarfsprogramm. Wir werden Sie als Einwohner:innen über eine große Online-Befragung im September ebenso beteiligen. Im An-

schluss werden die notwendigen Gutachten beauftragt und die Ämter und Anwohner:innen angehört. Parallel beantragen wir die Mittel für den Bau beim Land – kein leichtes Unterfangen angesichts der sich abzeichnenden Sparzwänge Berlins.

Warum dauert das alles so lange? Geht das nicht auch schneller? Diese Fragen höre ich in persönlichen Gesprächen oft. Leider nein ist hier stets meine Antwort. Das Baurecht sieht genaue Zeitabläufe vor, die auch nicht außer Kraft gesetzt werden können. Öffentliches Geld gibt es erst, wenn klar ist, dass gebaut werden darf, und wie teuer es wird.

Misstrauen Sie also leichtfertigen Versprechungen Einzelner, die scheinbar einfache Lösungen in den Raum werfen. Wir sind so weit, weil wir als Parteien bislang vereint hinter unserer gemeinsamen Idee stehen. Das wird auch künftig das Erfolgsrezept sein.

Mit der für die Bäderbetriebe verantwortlichen Innensenatorin Iris Spranger (SPD), die aus unserem Bezirk kommt, und den über 200.000 Euro, die wir als Bezirk für die Gutachten investieren, stehen wir so gut da wie noch nie. Ich bin überzeugt, wir werden unser Freibad mit Schwimmhalle bekommen. Die ersten Fortschritte werden wir alle schon bald erleben.

Genießen Sie den Sommer und lassen Sie uns gemeinsam laut werden für unser Kombibad.

Wer Wohnraum schafft, muss Mobilität mitdenken

Knapper Wohnraum ist eines der Topthemen in Berlin – Infrastruktur für neue Wohnquartiere mitdenken

Das knappe Angebot an Immobilien führt zu hohen Mieten, die die wenigsten finanziell stemmen können. Doch Menschen, die ihr Lebensmodell entwickeln, müssen ihre Wohnsituation darauf ausrichten können.

Die Politik hat das Problem erkannt und möchte zügig Abhilfe schaffen. Wenn Wohnraum knapp ist, muss neuer geschaffen werden. Dieses Ziel verfolgen die SPD-Verantwortlichen auf allen Ebenen.

Wohnen ist Daseinsvorsorge und damit ein Grundrecht, für das der Staat alle Möglichkeiten betrachten muss. Doch Neubau und Nachverdichtung gefällt nicht allen,

denn der Staat gibt keine Garantien für unverbaute Aussichten. Die neuen Betroffenheiten der Alteingesessenen schaffen zuweilen verständlichen Unmut. Nicht überall kann gebaut werden. Es ist ein schmaler Grat, auf den Bürgermeister Gordon Lemm ein besonderes Augenmerk legt.

Wo Wohnraum entsteht, haben Anwohner:innen den Anspruch, dass Mobilität mitgeplant wird. Das meint zuerst die umsichtige Planung eines auskömmlichen ÖPNV und großzügige, barrierefreie Geh- und Radwege. Die öffentliche Mobilität muss klimaschutzpolitisch Vorrang vor dem



Mobilität hat hohe Priorität in unserem gesamten Bezirk.

Foto: Ben Schneider

Auto haben und bei der Stadt- und Verkehrsplanung als sozialverträglicher Fixpunkt gesetzt werden.

Akzeptanz bei allen Menschen schafft die verbesserte Anbindung zum Bürgeramt oder zum Nahversorger, nicht jedoch, wenn die Infrastruktur unangetastet bleibt und der Verkehr über die eine vorhandene Straße fließen soll. Gewiss geht es nicht ohne Straßen und klug geplanten Park- und Haltezonen, aber der Vorrang des Autos muss neu justiert werden. Die SPD hat diese Zusammenhänge im Blick.

Eike Arnold · Verkehrspolitischer Sprecher der SPD BVV-Fraktion

BUNDESGARTENSCHAU 2025

Nach der IGA ist vor der BUGA

„Rostock hat heute offiziell die Bundesgartenschau aufgegeben.“ Diese Nachricht war der Initialzündung für meine Idee, die BUGA nach Marzahn-Hellersdorf zu holen.

Rostock und Berlin hatten beide die IGA, nur dass Rostock wenig aus seiner IGA-Zeit gemacht hat. Die Gärten der Welt in Marzahn-Hellersdorf haben hingegen mit dem neuerrichteten Eingangsbereich, der Tropenhalle und der Seilbahn profitiert. Zwischenzeitlich ist in den Gärten der Welt mit dem Jüdischen Garten eine weitere Attraktion dazugekommen. Dadurch könnte die BUGA nicht, wie in Rostock, 60 Millionen Euro

kosten, sondern vermutlich mit einem kleinen Gewinn abschließen.

Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses im Bezirk sehe ich das touristische Potenzial sowohl für die Gärten der Welt als auch für weitere Orte im Bezirk, die in die BUGA eingebunden werden können. Der Schlosspark Biesdorf, das Gutshaus Mahlsdorf, die Hönowener Weierkette oder die Bockwindmühle am Angerdorf Alt-Marzahn bieten Potenzial für eine dezentrale Ausgestaltung der BUGA.

Die Bundesgartenschau 2025 in Marzahn-Hellersdorf bietet große Chancen für uns!

Malte Höpfner
Mitglied der SPD BVV-Fraktion

Wenn Sie auch wollen, dass die BUGA zu uns kommt, bitte QR-Code scannen und Petition unterschreiben:



<https://www.change.org/p/bundesgartenschau-2025-nach-marzahn-hellersdorf-holen>

PRAXISANGEBOT IM BEZIRK

Ärzt:in willkommen!

Marzahn-Hellersdorf ist auf dem Weg zur kinder- und familienfreundlichen Kommune und zum Bezirk ohne Barrieren. Gesundes Aufwachsen und Altwerden zu ermöglichen, ist eine wichtige Aufgabe für unseren Bezirk, genauso wie die Gewährleistung barrierefreier und wohnortnaher medizinischer Versorgung.

Selbstverständlich ist es derzeit leider nicht. Es fehlt an niedergelassenen Ärzt:innen aller Fachrichtungen, psychotherapeutische und psychiatrische Angebote sind rar. Die Unterversorgung mit Hausärzt:innen hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) veranlasst, im Planungsbereich II

(Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf) zusätzlich 79 Niederlassungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Auch prüft die KV die Einrichtung eines Eigenbetriebs. Der Bezirk hilft intensiv bei der Suche nach geeigneten Räumen. Insgesamt ist ein zügiges, aber auch planvolles Vorgehen aller Partner:innen gefragt. Der Bezirk bringt nun junge Mediziner:innen, Vermieter:innen, KV, Politik und Ärzt:innen, die ihre Praxis in gute Hände abgeben wollen, zusammen, um gemeinsam Lösungsansätze zu finden. Wer dazu Expertise einbringen kann, ist herzlich willkommen!

Nicole Bienge · Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit

Die weitere Spaltung Berlins verhindern!

Berlin muss eine Stadt bleiben, in der sich alle das Leben leisten können

Von Jan Lehmann
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Gerade im Osten der Stadt, und in Marzahn-Hellersdorf ganz besonders, stellt sich die Frage, wie wir die Bedürfnisse der langjährigen Anwohnerinnen und Anwohner mit den Erfordernissen einer wachsenden Stadt vereinen können.

Lebensqualität, soziale Infrastruktur, gut bezahlte Arbeit und eine gesunde, vielfältige Natur müssen ausnahmslos in der Stadtplanung mitgedacht werden. In der durch den Klimawandel immer heißer werdenden Stadt dürfen wir keine weiteren Flächen in den Quartieren versiegeln, sondern müssen vielmehr Bäume, Sträucher und Blühwiesen schaffen.

Studierende sollen nicht nur nach Wohnungen „im Ring“ suchen. Für sie, ebenso wie für junge Familien, Selbstständige oder Renter:innen, soll auch in den Außenbezirken eine attraktive Infrastruktur bereitstehen. Das macht das Leben in der ganzen Stadt besser und gerechter. Außerdem hilft es, die in der Innenstadt explodierenden Mieten in Schach



Diese grüne Oase soll der Innenhofbebauung weichen.

Foto: Ben Schneider

zu halten. Notwendig ist eine kluge Standortpolitik, die Start-ups ebenso wie internationale Unternehmen, aber auch Clubs, Museen und Kultureinrichtungen gerecht auf und über die Stadt verteilt.

Um Berlin jedoch dauerhaft als eine Stadt zu erhalten, in der sich alle das Leben leisten können, muss mehr passieren als bisher. Wir müssen Berlin nicht nur ganzheitlich mit Innen- und Außenbezirken denken, sondern Berlin als Metropolregion verstehen. Denn nur, wenn wir Berlin als Teil und Zentrum Ostdeutsch-

lands denken, können wir nachhaltig wachsen. Wir brauchen die grundlegende soziale Infrastruktur ebenso wie eine wirtschaftsfördernde Standortpolitik für Unternehmen auch in den mittelgroßen Städten in Berlins Nachbarschaft. Eine gute und schnelle ÖPNV-Verbindung ins Umland kann dann Berlin entlasten und die Städte des Ostens beflügeln. Dauerhaft kann die Nachfrage nach Wohnraum in Berlin nur gelöst werden, wenn Berlin eng mit seinen Nachbargemeinden und -städten zusammenarbeitet und gemeinsam wächst.

Hierbei hilft, dass sich die SPD in der letzten Bundestagswahl als Ostpartei profilieren konnte. Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Regierungschef:innen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und den von der SPD mitgetragenen Regierungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben wir die Möglichkeit, Berlin und ganz Ostdeutschland als erste nachhaltig und sozial gerecht gewachsene Weltregion zu entwickeln. Es ist Zeit, diese Chance zu sehen und zu ergreifen!

Luise Harder

Vorsitzende der ASF Ma-He

Bürger nah und zukunftsorientiert

Die SPD-Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Die Berlinwahlen im vergangenen September haben gezeigt, dass sozialdemokratische Politik dann erfolgreich ist, wenn sie sozial, bürgernah und zukunftsorientiert ist. Dieses Versprechen haben wir den Bürgerinnen und Bürgern gemacht, welches sie uns mit einem großen Vertrauensvorschuss honorierten.

Diesem Vertrauen wollen wir nun gerecht werden und Marzahn-Hellersdorf mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis in der Bezirksverordnetenversammlung in eine positive Zukunft führen. Unser zentrales Ziel ist: einen lebenswerten, toleranten und soli-

darischen Bezirk aufzubauen, in dem sich große und kleine Familien, alteingesessene und neue Mitbürger:innen wohlfühlen.

Wichtig für uns in dieser Wahlperiode ist die sozial-ökologische Weiterentwicklung des Bezirks mit dem Fernziel der Klimaneutralität. Vor allem der Verkehrsbereich spielt dabei eine zentrale Rolle. Mithilfe eines Mobilitätskonzepts schaffen wir einen Fahrplan für eine bürgernahe Mobilitätswende, die den ÖPNV und die Mobilität per Fuß und Fahrrad stärkt.

Eine bürgernahe Politik geht auch immer mit einer digitalisier-

ten und gut funktionierenden Verwaltung einher. Als SPD-Fraktion machen wir uns daher auch für ein viertes Bürgeramt im Bezirk stark.

Transparente und den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechende Politik ist für die SPD-Fraktion auch im Bereich der Stadtplanung unabdingbar. Wir wollen, dass das Bezirksamt alle Möglichkeiten der Bürger:innenbeteiligung ausschöpft, sowohl analog als auch digital, um den Zugang zu Informationen und Bebauungsplänen zu erleichtern. Im Fokus einer verantwortlichen Stadtentwicklung steht für uns dabei nicht nur die Schaffung von

neuem Wohnraum für Jung und Alt, sondern auch, dass kommunale Flächen prioritär für soziale Infrastruktur genutzt werden. Neben Kitas und Schulen ist insbesondere der Bau eines Kombibades für uns eine Herzensangelegenheit.

Diese und weitere Aufgaben werden wir in den kommenden Jahren anpacken und Marzahn-Hellersdorf so gestalten, wie wir versprochen haben: sozial, bürgernah und zukunftsorientiert. Sprechen Sie uns an und kommen Sie mit uns in Kontakt. Wir haben immer eine offene Tür!

Günther Krug · Fraktionsvorsitzender der SPD BVV-Fraktion

RUHESTAND, WAS NUN?

Mit 66 bin ich nun im Ruhestand. Was mache ich künftig? Da ich bisher schon in der SPD aktiv war, werde ich einen Teil meiner Zeit der Parteilarbeit widmen. Als ehemalige Lehrerin und Schulleiterin engagiere ich mich besonders in der Bildungspolitik. Auch werde ich mich für die Älteren in unserem Bezirk einsetzen.

Die Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften sind interessant. Wenn auch Sie sich für unseren Bezirk einbringen wollen, schauen Sie doch einfach vorbei: Am 13. Oktober 2022 um 18 Uhr ist die nächste Sitzung unserer AG 60 plus im Haus der AWO, Kastanienallee 53, 12627 Berlin-Hellersdorf.

Marion Hoffmann

Mitglied der BVV Fraktion
Co-Vorsitzende AG 60 plus Ma-He

FAMILIENFREUNDLICHES WOHNEN

Weil's für Familien wichtig ist!

Als ich einst aus dem Südwesten Berlins nach Marzahn-Hellersdorf kam, war nicht abzusehen, wie schnell ein Wohnort zum Zuhause wird. Es gab warnende Stimmen: „Marzahn-Hellersdorf, ist das nicht gefährlich?“ Diese Menschen beneiden mich heute um meinen ruhigen, grünen und familienfreundlichen Bezirk.

Jeder Familie sollte damals Wohnen im familienfreundlichen Wohnumfeld ermöglicht werden.

Ein heutiges Vorzeigeprojekt der familienfreundlichen Stadtplanung ist das neue Viertel in der Karl-Holtz-Straße in Marzahn. „Hier ist ein richtiges kleines Familienquartier entstanden, wo alle



Danke, Marzahn-Hellersdorf – schön hier zu sein! Stephanie Inka Jehne und ihr Sohn lieben ihr Viertel rund um den Cecilienplatz.

Foto: Privat

Bedarfe von Anfang an mitgedacht wurden – ein Kiezcafé, ein autofreier Innenbereich, eine Kita, eine Schule und größere Familienwohnungen“, sagt unser Bürgermeister Gordon Lemm, „So sollte Wohnungsneubau überall aussehen.“

Aber auch in meinem Viertel, spürt man, dass die Bedürfnisse der Familien mitgedacht wurden. Der Spielplatz auf dem Hof, direkt vor meinem Küchenfenster. Der nahe große Platz, der Treffpunkt und Veranstaltungsort zugleich ist. Ein kurzer, fußläufiger Schulweg und breite Gehwege zum Radfahren lernen.

Stephanie I. Jehne · Familienpolitische Sprecherin SPD BVV-Fraktion

CHANCENGERECHT

Wie kann Bildung chancengerechter und zukunftsorientierter werden? Diese Frage stellen sich Pädagog:innen, Eltern und auch Schüler:innen und Student:innen im Arbeitskreis für Bildungsfragen (AfB) in der SPD Marzahn-Hellersdorf.

Mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen erarbeiten sie Lösungswege für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an Schulen, Universitäten oder Berufsbildungsstätten.

Möchten Sie sich einbringen? Auf www.spd-marzahn-hellersdorf.de erfahren Sie mehr über die AfB und wann die nächste Sitzung stattfindet.

Jan Hofmann

AfB Marzahn-Hellersdorf